

# Zur Geschichte Chinas

Forschungsgemeinschaft China Philatelie e.V.

## **Vor- und Frühgeschichte**

Archäologische Grabungen bei Zhoukoudian (heute zu Peking) brachten neben Steinwerkzeugen auch menschliche Skelettreste (*Sinanthropus pekinensis*, "Pekingmensch") eines *Homo erectus* aus dem mittleren Pleistozän (circa 500.000 v. Chr.) zutage. Das Zentrum der vollneolithischen Yangshaokultur (6.-4. Jahrtausend) lag im Flußgebiet des Hwangho (rotgrundige Tongefäße mit schwarzer Bemalung). Für die nachfolgende Longshan-(Lungshan-)Kultur (3. Jahrtausend und Anfang des 2. Jahrtausends; benannt nach Longshan am Unterlauf des Hwangho) sind Reisanbau und befestigte Siedlungen nachweisbar. Nach chinesischer Tradition ist die Zivilisation des Landes eine Schöpfung von weisen Urkaisern (mythische Kaiser), als deren wichtigster Huangdi (Huang-ti, "Gelber Kaiser"«) überliefert wurde. Die legendäre (archäologisch nicht bezeugte) Xia-(Hsia-)Dynastie (2205-1766 v. Chr.) soll von dem Großen Yu (Yü) begründet worden sein.

## **Shang-Dynastie (etwa 16. Jh. bis etwa 1050 v. Chr.; später auch Yin-Dynastie genannt)**

Das Herrschaftsgebiet beschränkte sich auf Mittelchina und eine feste Residenz gab es nicht. Die ersten schriftlichen Zeugnisse sind die so genannten Orakeltexte auf Schildkrötenschalen oder Knochen. Bekannt waren Bronzeguss und Streitwagen; es existierten wallgeschützte Städte und eine Kalenderrechnung. Höchste Gottheit war der Shangdi (Shang-ti), der Ahnengeist der Herrscherfamilie, an deren Hof die Priester eine bedeutende politische Rolle spielten.

## **Zhou-(Chou-)Dynastie (etwa 1050-249 v.Chr.)**

Im Tal des Wei He bildete sich eine Föderation der Sippongemeinschaft der Zhou, die im 11. Jahrhundert v. Chr. die damalige Hauptstadt Yin eroberte und zerstörte. Die neue Dynastie organisierte sich in Form eines Lehnsstaates. 771 wurden die Zhou aus dem westlichen Stammland in den Osten vertrieben (daher Einteilung in eine Westliche vor 771 und eine Östliche Zhou-Zeit danach). Nach den Quellen teilt man die gesamte Epoche der Zhou auch ein in die Frühe Zhou-Zeit (11. Jahrhundert bis 722), in die Periode von 722 bis 481, die von der dem Konfuzius zugeschriebenen Chronik "Frühling und Herbst" umspannt wird, und in die Zeit der "Streitenden Reiche" (481 bis 221 v. Chr.), an deren Ende der Einheitsstaat der Qin aus den Kämpfen der Lehnsherren hervorging. Die Zerfallsphase der Zhou-Dynastie brachte eine Hochblüte des Geisteslebens hervor wie Konfuzius, Laozi (Lao-tse), Zhuangzi (Chuangtzu).

## **Qin-(Ch'in-)Dynastie (221-206 v.Chr.)**

Die Qin setzten sich seit 249 u.a. auf Grund einer Reihe von Reformen (freie Verkäuflichkeit von Grund und Boden, zentralisierte und militarisierte Staatsführung, Erlaß von Gesetzen) durch. König Zheng (Cheng) von Qin nahm 221 den Titel Huangdi (Huang-ti) an, von nun an die Selbstbezeichnung der Zentralherrscher von China, und nannte sich Qin Shi Huangdi (Ch'in Shih Huang-ti). Sein Grab, eine riesige Anlage mit Tausenden von Tonplastiken (Nachbildung seines Hofstaates), entdeckte man 1974 bei Xian. In dem geeinten Staatsgebiet wurde die Vereinheitlichung der Maße, der Währung und der Schrift durchgesetzt. Die Opposition der Konfuzianer und Vertreter der untergegangenen feudalistischen Gesellschaftsordnung wurde durch die Bücherverbrennung von 213 u.a. Zwangsmaßnahmen unterdrückt. Feldzüge nach Norden (Ordosgebiet) und nach Süden führten zu einer vorübergehenden Erweiterung des Reiches bis in die Gegend des heutigen Kanton. Nach dem Tode Shi Huangdis (210) kam es zu Bauernaufständen, die mit dem Sturz der Dynastie endeten (206).

## **Han-Dynastie (202 v.Chr.220 n.Chr.)**

Unter ihrem Gründer Liu Bang (Liu Pang), einem aus dem Volk aufgestiegenen Heerführer, entstand zunächst eine Art Mischstaat aus Feudaldomänen und staatlichen Verwaltungsgebieten, später ein Beamtenstaat mit einer neuen Schicht von Großgrundbesitzern. Eine wichtige kulturelle Errungenschaft war die Erfindung des Papiers durch Cai Lun (Ts'ai Lün, geb. um 114). Unter Kaiser Wudi (Wu-ti, 141-87) erfuhr China seine bislang größte Ausdehnung. Kriege gegen die Xiongnu endeten mit deren Niederlage. Nach mehreren Volkserhebungen (Bauernaufstand der "Roten Augenbrauen" 172-177, religiöser Aufstand der "Gelben Turbane" 184) ging die Macht an Heerführer über, die den Staat schließlich aufteilten.

## **Spaltung des Reiches (Zeit der Drei Reiche)**

Das Reich löste sich in drei Staaten auf: Wei (220-265), Shu (221-263) und Wu (222-280). Der Norden und Nordwesten gingen durch den Einbruch von Fremdvölkern verloren. Die Jin-(Chin-)Dynastie (265-420) einte das Reich vorübergehend. Während der nun folgenden Spaltung (Südliche und Nördliche Dynastien; bis 589) wurde der Buddhismus unter Zurückdrängung des einheimischen Konfuzianismus und Daoismus zur führenden Religion.

## **Sui-Dynastie (581/89-618) und Tang-(T'ang-)Dynastie (618 bis 907)**

Nach der kurzlebigen Sui-Dynastie, in deren Verlauf die Reorganisation der Verwaltung und der Wiederaufbau des Landes in Angriff genommen wurden (u.a. Ausbau des Kaiserkanals), entstand mit der von Li Yuan (Li Yüan, kanonisiert als Gaozu ) etablierten Tang-Dynastie eine von konfuzianischen Beamten begründete neue Verwaltung (u.a. sechs Ministerien, Festlegung von Provinzen), deren Grundzüge bis 1911 bestehen blieben. Die höfische Kultur des Reiches erlebte ihren Höhepunkt und wirkte bis nach Japan als Vorbild. Über die Seidenstraße strömten aus dem Westen Ausländer mit ihren exotischen Waren nach China, das dafür neben dem Hauptexportartikel Seide nun auch Porzellan ausführte. Fremde Religionen wie der Manichäismus, der Zoroastrismus, der Islam und das nestorianische Christentum fassten erstmals

Fuß in China. Der Volksaufstand des Huang Chao (Huang Ch'ao, 884), der den in die Flucht getriebenen Hof der letzten Machtmittel beraubte und illegale Abenteurer und Bandenhäuptlinge in die verwaisten Gouverneursämter hob, bedeutete das Ende der Tang-Dynastie. Es folgte die Zeit der "5Dynastie" (Wudai oder Wu-tai; 907-960).

### **Song-(Sung-)Dynastie (960-1279)**

Die Song-Dynastie mußte den chinesischen Raum mit anderen Staaten teilen, von denen der Kitanstaat der Liao (907-1125) der bedeutendste war, bis er von dem Dschurdschenstaat der Jin (Chin; 1115-1234) abgelöst wurde. Unter der Song-Dynastie erfuhr die Bildung durch die Schaffung öffentlicher und privater Schulen, aber auch die Erfindung des Blockdrucks eine bis dahin nicht gekannte Verbreitung.

### **Yuan-(Yüan-)Dynastie (1271/79-1368)**

Mit dem Einfall der Mongolen, besonders unter Kubilai als chinesischer Kaiser Shizu (Shih-tsu), 1279-94, wurde China Bestandteil des mongolischen Weltreiches. Die Gefahr der Vernichtung der chinesischen Kultur wurde erst beseitigt, als sich der letzte Yuan-Kaiser durch Volksaufstände gezwungen in die Mongolei zurückzog. Während der Yuan-Dynastie erhielt Europa erstmals direkte Kunde von China (u.a. durch die Asienreise des venezianischen Kaufmanns Marco Polo, 1271-95).

### **Ming-Dynastie (1368-1644)**

Unter ihrem Gründungskaiser Taizu (T'ai-tsu, 1368-98), der die Machtstellung der Zentral- und Provinzialbehörden reduzierte und sich (nach Aufhebung des Kanzleramts 1382) die Ministerien unterstellte, begann die Zeit der absoluten Monarchie in China. Übersee-Expeditionen des Eunuchen Cheng He (Ch'eng Ho) führten bis nach Ostafrika. Europäer gelangten an den Kaiserhof (Matteo Ricci) und verbreiteten die Kenntnis des Christentums und der abendländischen Wissenschaften.

## **Qing-(Ch'ing-)Dynastie (1644-1911)**

Unter ihrem Gründungskaiser Taizu (T'ai-tsu, 1368-98), der die Machtstellung der Zentral- und Provinzialbehörden reduzierte und sich (nach Aufhebung des Kanzleramts 1382) die Ministerien unterstellte, begann die Zeit der absoluten Monarchie in China. Übersee-Expeditionen des Eunuchen Cheng He (Ch'eng Ho) führten bis nach Ostafrika. Europäer gelangten an den Kaiserhof (Matteo Ricci) und verbreiteten die Kenntnis des Christentums und der abendländischen Wissenschaften.

### **16. bis 18. Jahrhundert**

Heereseinheiten verschiedener Teilstämme der Mandschuren, eines halbnomadischen Volkes und Nachfahren der Dschurdschen, gelang es durch Zusammenschluss unter Nurhachi (1559-1626), chinesische Gebiete nördlich und nordöstlich der Großen Mauer zu erobern. Gleichzeitig wurde das Reich im Innern durch Aufstände der von Li Zicheng (Li Tzu-ch'eng) geführten Bauernarmeen erschüttert. Der letzte Ming-Kaiser beging Selbstmord. Durch den Verrat des Ming-Generals Wu Sangui (Wu San-kuei, 1612-1678), der mit seinen Truppen zur Qing-Armee überlief, kam es im Mai 1644 zum Einmarsch der Mandschu in die Hauptstadt Peking und zur Errichtung der Mandschu-Dynastie. Bis zum Ende des Kaiserreiches im Jahre 1911 stand China damit unter einer Fremdherrschaft. In die Regierungszeit von Shengzu (Sheng-tsu, Herrschernamen Kangxi, 1661-1722) fiel der Vertrag von Nertschinsk (1689), der erste Vertrag mit einem europäischen Staat (Regelung des chinesisch-russischen Grenzverlaufs). Die Annexion Tibets wurde abgeschlossen. Unter Kaiser Gaozong (Kao-tsung, 1736-96) in der Regierungsperiode Qianlong (Ch'ien-lung) wurden Birma und Annam 1788 beziehungsweise 1789 tributpflichtig. Das Reich erfuhr die größte territoriale Ausdehnung seiner Geschichte.

### **19. und Beginn 20. Jahrhundert**

Seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkten die westlichen Mächte ihre militärisch-wirtschaftliche Intervention in China. Nach der chinesischen Niederlage im Opiumkrieg (1839-42) gegen Großbritannien wurde 1842 in Nanking der erste der Ungleichen Verträge abgeschlossen: u.a. Abtretung

Hongkongs an Großbritannien, Öffnung von fünf Vertragshäfen (darunter Schanghai). Im Verlauf neuer kriegerischer Auseinandersetzungen (so genannter Lorchkrieg 1856-60) drang eine britisch-französische Flotte nach Norden vor; Truppen marschierten in Peking ein (1860 Plünderung und Zerstörung des Sommerpalastes). Die Verträge von Tientsin (1858) und Peking (1860) zwangen den Chinesen weitere Zugeständnisse ab: u.a. die Errichtung ausländischer Gesandtschaften in Peking, Öffnung weiterer Häfen, Handelsfreiheit für britische Kaufleute. Ähnliche Konzessionen wurden auch Frankreich, Rußland und den USA eingeräumt. An Russland verlor China bis 1860 die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erschütterten das Reich auch schwere innenpolitische Unruhen. Der von Hong Xiuquan (Hung Hsiu-ch'üan) geführte Taipingaufstand (1851-64) der Anhänger einer religiös-sozialrevolutionären Bewegung verheerte große Teile Südchinas, ruinierte die Staatsfinanzen und konnte erst mit Hilfe ausländischer Truppen endgültig niedergeschlagen werden. Im 1.chinesisch-japanischen Krieg von 1894/95 unterlag China, musste im Friedensvertrag von Shimonoseki (1895) die Unabhängigkeit Koreas anerkennen und trat Taiwan sowie die Pescadores an Japan ab. 1898 wurde unter Kang Youwei (K'ang Yu-wei) eine Reformbewegung zur gesellschaftlichen Modernisierung nach dem Vorbild Japans ins Leben gerufen, die jedoch am Widerstand der konservativen Partei unter Führung der Kaiserinwitwe Cixi (Tz'u-hsi) und der Intervention des Truppenführers Yuan Shikai (Yüan Shih-k'ai) scheiterte. Als die 1899 ausgebrochene fremdenfeindliche Boxerbewegung (Boxer) die Interessen der ausländischen Mächte gefährdete, wurde Peking im Herbst 1900 von einem gemeinsamen Expeditionsheer der Westmächte (darunter auch Deutschland) und Japan besetzt. Den zu Beginn des 20.Jahrhunderts schließlich doch noch eingeleiteten Reformvorhaben (u.a. Abschaffung der konfuzianischen Staatsprüfungen für Beamte, Pläne zur Schaffung eines Parlaments nach europäischem Muster) kam die revolutionäre Bewegung unter Sun Yat-sen (Sun Yixian, 1866-1925) zuvor. Aufstände und die Bildung einer Regierung in Nanking (1.Präsident war Sun Yat-sen) führten 1912 zur Abdankung der Qing-Dynastie (letzter chinesischer Kaiser: Pu Yi [P'u-I]) und zur Gründung der Republik.

## **Republik China (1912-49)**

Die 1912 von Sun Yat-sen gegründete Nationalpartei (Guomindang) konnte sich zunächst nicht gegen das Militärregime Yuan Shikais behaupten. Nach Yuan Shikais vergeblichem Versuch, eine neue Dynastie in China zu gründen (1915), herrschte in China bis 1927 Bürgerkrieg zwischen regionalen Militärmachthabern.. Seit Mitte der 1920er Jahre polarisierten sich die innenpolitischen Kräfte in der Auseinandersetzung zwischen der Kommunistischen Partei (gegründet in Schanghai, 1. Parteitag am 20.7.1921) und den nun von Chiang Kai-shek (Jiang Jieshi) geführten Nationalisten (Guomindang). Feldzüge Chiang Kai-sheks gegen kommunistische Stützpunktgebiete in Jiangxi zwangen die chinesische Rote Armee auf den Langen Marsch (Oktober 1934 bis Oktober 1935). In dieser Zeit setzte sich Mao Zedong (Mao Tse-tung) als Führer der KP durch, deren zentraler Stützpunkt Yan'an in der Provinz Shaanxi wurde. Schon 1931 besetzte Japan die Mandschurei, rief 1932 den unter seinem Protektorat stehenden Staat "Mandschukuo" aus und proklamierte ihn 1934 zum Kaiserreich unter dem letzten Qing-Kaiser Pu Yi. Die während des 2. chinesisch-japanischen Krieges (1937ff.), der seit 1939 mit dem Zweiten Weltkrieg verschmolz, gebildete Einheitsfront der Kommunisten und Nationalisten zerbrach endgültig im August 1945 nach der bedingungslosen Kapitulation Japans; erneut brach ein Bürgerkrieg aus (1946-49), in dem die kommunistischen Truppen das gesamte Festland eroberten. Chiang Kai-shek musste nach Taiwan fliehen.

## **Volksrepublik China (seit 1949) - China unter Mao Zedong**

Am 1.10.1949 verkündete Mao Zedong (der als Präsident des Zentralrats der Volksregierung an die Spitze des Staates trat) die Gründung der Volksrepublik China, die 1950/51 Tibet besetzte. Gemäß der spezifischen Deutung des Marxismus-Leninismus durch Mao Zedong (Maoismus) leitete die Partei- und Staatsführung eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ein. Die zwischen 1950 und 1953 durchgeführte Verteilung von Grund und Boden an die Bauern war Vorstufe zu der 1953-57 betriebenen Kollektivierungspolitik, die ihren Höhepunkt in dem 1958 angestrebten "Großen Sprung" nach vorn und der Bildung von Volkskommunen fand. Die hierdurch ausgelösten Schwierigkeiten (u.a. wirtschaftliche, verbunden mit einer schweren Hungersnot mit Millionen von Toten, so genannte "drei bittere Jahre" 1960-62) erzwangen die erste Revision des von Mao Zedong vertretenen Leitprogramms der Mobilisierung der Massen zugunsten einer dem sowjetischen Entwicklungsmodell verpflichteten Politik, deren führende Vertreter Liu Shaoqi (Liu Shao-ch'i) und Deng Xiaoping (Teng Hsiao-p'ing) wurden. Dies führte in der Partei zu sich verschärfenden Macht- und Richtungskämpfen. Sie mündeten in die Kulturrevolution (1966-76), in der Mao Zedong u.a. mit Hilfe der "Roten Garden" gegen seine Opponenten im Partei- und Staatsapparat vorging (blutige Terror- und Säuberungswelle), die maoistische Linie radikal durchsetzte und schließlich durch die Armee wieder die öffentliche Ordnung herstellen ließ. Das Bündnis mit der Sowjetunion, die China seit 1950 beim Aufbau des Landes unterstützt hatte, zerbrach 1958 und führte seit 1968 (Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR, Breschnew-Doktrin, 1969 bewaffneter Zwischenfall am Ussuri) bis an den Rand militärischer Konfrontation. Die von Zhou Enlai (Chou En-lai) betriebene Außenpolitik zielte auf die Herstellung von Beziehungen zum Westen (Aufnahme in die UN und deren Sicherheitsrat 1971, Besuch R. Nixons 1972, diplomatische Anerkennung durch die USA 1979). Auf den Tod Mao Zedongs am 9.9.1976 folgte die Ausschaltung der so genannten Viererbande, der radikalen Fraktion um Maos Witwe Jiang Qing (Chiang Ch'ing).



## **Volksrepublik China (seit 1949) - 1976 bis 1988**

Mit Unterstützung der Armee übernahm Hua Guofeng (Hua Kuo-feng) die Nachfolge Mao Zedongs als Vorsitzender des ZK der KPCh. Den Sieg der Pragmatisten über die Ideologen markierte 1977 die Rehabilitierung Deng Xiaopings (der 1967 als General-Sekretär der KP entmachtet worden war). Er drängte in der Folgezeit als maßgebliche Persönlichkeit der Partei den Nachfolger Mao Zedongs als Parteivorsitzenden und Zhou Enlais als Ministerpräsidenten, Hua Guofeng, aus der Macht. 1980 verlor Hua Guofeng den Posten des Ministerpräsidenten an Zhao Ziyang (Chao Tzu-yang), 1981 den Parteivorsitz an Hu Yaobang (Hu Yao-pang). Die im Dezember 1978 unter maßgeblichem Einfluß Deng Xiaopings eingeleitete Politik wirtschaftlicher Reformen und der Öffnung nach außen war jedoch nicht von einer umfassenden politischen Reform begleitet. Die anvisierte Modernisierung Chinas ("Sozialismus chinesischer Prägung") orientierte sich an den parteidoktrinären Auffassungen von der führenden Rolle der KPCh, der Diktatur des Proletariats und dem Primat des Marxismus-Leninismus. Die Partei wandte sich wiederholt energisch gegen jegliche "bürgerliche Liberalisierung". Die Wirtschaftspolitik war geprägt von einer deutlichen Herabsetzung des Kollektivierungsniveaus in der Landwirtschaft (u.a. Auflösung der Volkskommunen), Bemühungen um eine breite Einführung von Herstellungsverfahren aus dem Westen und der vorsichtigen Zulassung kleinerer privatwirtschaftlicher Initiativen. Widerstände in der KPCh gegen die Reformpolitik beantwortete die Führung zwischen 1983 und 1986 mit einer Säuberung der Partei von radikalen Mitgliedern. Zu den restriktiven Maßnahmen des Reformkurses zählten die Streichung des Streikrechts aus der Verfassung (1982) und die administrativ verordnete Einkindehe zur Eindämmung des starken Bevölkerungszuwachses. Deng Xiaoping zog sich nach und nach aus seinen Partei- und Staatsämtern zurück, er behielt lediglich das einflußreiche Amt des Vorsitzenden der staatlichen Militärkommission (bis 1989). 1988 wurde Yang Shangkun (Yang Shang-K'un) Staatsoberhaupt. Außenpolitisch kam es zu schweren Spannungen mit dem Ende 1978 in Kambodscha einmarschierten Vietnam, mit dem China 1979 zur Unterstützung der Roten Khmer einen Grenzkrieg führte. Gegenüber der Sowjetunion betrieb China seit Beginn der 1980er Jahre eine vorsichtige Entspannungspolitik (1989 erstes sowjetisch-chinesisches Gipfeltreffen seit 30 Jahren). Mit Großbritannien einigte man sich 1984 über den zukünftigen Status der britischen Kronkolonie Hongkong nach Ablauf der Pachtfrist 1997.

## **Unterdrückung der Demokratiebewegung und Wirtschaftsaufschwung**

Am 3. und 4.6.1989 wurden Massendemonstrationen in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens für mehr Freiheit und Demokratie, die im April 1989 von Studenten ausgelöst worden waren, von der Armee blutig unterdrückt. Parteichef Zhao Ziyang (Chao Tzu-yang), der gegen die Militäraktion aufgetreten war, wurde durch den konservativen Führungskern um Ministerpräsident Li Peng (Li P'eng) entmachtet und er verlor sein Amt als Generalsekretär der KPCh an Jiang Zemin (Chiang Tse-min), der 1993 auch die Funktion des Staatsoberhauptes übernahm (1998 im Amt bestätigt). Nach einer Phase innenpolitischer Restauration (Verfolgung der Exponenten der Demokratiebewegung, Wiederaufleben maoistischer Erziehungskampagnen, Politik der "Sparsamkeit und Regulierung" seit 1989) leitete Deng Xiaoping 1992 eine Kampagne zur Weiterführung der Wirtschaftsreform ein. Im November 1993 verabschiedete das ZK der KP ein "Reformprogramm zum Aufbau einer sozialistischen Marktwirtschaft" (z.B. rahmenhafte Steuerung des Wirtschaftsprozesses statt direkter staatlicher Eingriffe, Entlohnung nach Leistung, Reform u.a. von Bankwesen, Finanzen und Steuern). Mit der Ernennung (1998) des Reformexponenten Zhu Rongji (Chu Jung-chi) zum Ministerpräsidenten unterstrichen Staats- und Parteiführung die Dringlichkeit der Reformen. Der weiteren Sicherung des Herrschaftsmonopols der KPCh dienten in den 1990er Jahren einerseits das unvermindert repressive Vorgehen gegen Oppositionelle und Dissidenten (u.a. im Dezember 1998 gerichtliche Verurteilung von Exponenten der im selben Jahr gegründeten Demokratischen Partei, im Juli 1999 Verbot der Bewegung Falun Gong) und andererseits der Kampf gegen Kriminalität, Wirtschaftsverbrechen sowie Korruption (bis hinein in die eigenen Parteireihen). Wiederholte Unruhen in Tibet seit 1987 und Sinkiang (Uiguren) seit den 90er Jahren offenbarten die Konflikte in der Politik gegenüber nationalen Minderheiten. Im Gefolge der allgemeinen ökonomischen Depression in Asien sah sich auch China 1998/99 mit einer schweren Wirtschaftskrise konfrontiert.

## **Republik China (Taiwan)**

Taiwan mit seiner austronesischen Urbevölkerung wurde schon früh von chinesischen Händlern und Piraten aufgesucht, jedoch erst seit dem 17. Jahrhundert verstärkt von Chinesen besiedelt. 1590 von den Portugiesen entdeckt und "(Ilha) Formosa" (portugiesisch "schöne Insel") genannt. Ab 1624 besetzten die Niederländer Taiwan, verdrängten die seit 1626 im Norden ansässigen Spanier und wurden 1661 vom Ming-General Zheng Chenggong (Koxinga) vertrieben. 1683 eroberten die Mandschu (Qingdynastie) die Insel.

Nach dem chinesisch-japanischen Krieg (1894/95) mußte China Taiwan an Japan abtreten, das die Insel bis 1945 beherrschte. Nach der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg sprachen die Alliierten Taiwan wieder China zu. 1947 blutige Niederschlagung eines Aufstandes der um ihre Unabhängigkeit ringenden Inselbewohner. 1949 flüchtete die durch kommunistische Truppen vom chinesischen Festland vertriebene Guomindang nach Taiwan und rief dort am 1.3.1950 die "Republik China" (National-China) unter Staatspräsident Chiang Kai-shek (Jiang Jieshi) (1950-75) aus.

Auf Grund massiver Unterstützung durch die USA, mit der 1954/55 ein Verteidigungspakt geschlossen wurde, sowie einer erfolgreich durchgeführten Landreform (1949/53) entwickelte sich Taiwan zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor. Die Auseinandersetzungen mit der VR China gipfelten in der "Quemoykrise" 1958 (Beschießung der zum Territorium Nationalchinas gehörenden Insel Quemoy). 1971 verlor Taiwan seinen Sitz in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat der UNO an die Volksrepublik China. Nach dem Tod Chiang Kai-sheks 1975 wurde zunächst Vizepräsident Yan Jiagan (Yen Chia-kan) Staatsoberhaupt, 1978 Chiangs Sohn Chiang Ching-kuo (Jiang Jingguo; bis 1988). Nachdem die USA zum 1.1. 1979 mit der VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, brachen sie die zu Taiwan ab.

1986 wurde als erste bedeutende Oppositionspartei die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) gegründet. 1987 wurde das seit 1949 geltende Kriegsrecht aufgehoben. 1989 verabschiedete das Parlament ein neues Parteiengesetz, das die Neugründung von Parteien generell zuließ. Bei den ersten Wahlen nach Aufhebung des Kriegsrechts im Dezember 1989 fielen 41% der abgegebenen Stimmen auf die Oppositionsparteien (59 Prozent auf die Guomindang). Unter Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui, im Amt

1988/2000) entspannte sich das Verhältnis zur Volksrepublik China (weitgehende Legalisierung des Handels, Ausweitung des Reiseverkehrs).

1991 wurden die 1948 im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten eingeführten Notstandsrechte des Staatspräsidenten aufgehoben. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1991 setzte sich die Guomindang als klarer Sieger gegenüber der oppositionellen DPP durch, die sich an die Spitze einer Bewegung für die formelle Unabhängigkeit (Lostrennung) Taiwans von der Volksrepublik China stellte und dadurch in Konflikt mit der Regierungspartei geriet. In den Parlamentswahlen im Dezember 1995 errang die Guomindang zwar die absolute Mehrheit, sah sich aber einer erstarkten Opposition gegenüber (ein Drittel der Abgeordnetenmandate ging an die DPP). Im März 1996 fanden die ersten direkten Präsidentschaftswahlen statt. Amtsinhaber Li Denghui wurde wieder gewählt. In den Parlamentswahlen im Dezember 1998 errang die Guomindang erneut die absolute Mehrheit. Die Betonung der Eigenstaatlichkeit seitens Taiwans führte (wie schon 1996) erneut 1999 zu starken Spannungen mit der VR China. Bei dem auf Taiwan heftigsten Erdbeben im 20. Jahrhundert (Stärke 7,6 auf der Richterskala) in der Nacht vom 20. zum 21.9.1999 mit dem Epizentrum 150 km südwestlich von Taipeh verloren mehr als 2.000 Menschen ihr Leben, wurden über 9.000 Menschen verletzt und rund 30.000 Häuser u.a. im Norden und im Zentrum der Insel zerstört.

Die Präsidentschaftswahlen am 18.3.2000 gewann mit Chen Shuibian (Ch'en Shui-pien; DDP) erstmals ein Kandidat der Opposition. Daraufhin einsetzende Proteste gegen die Guomindangführung zogen den vorzeitigen Rücktritt Li Denghuis vom Parteivorsitz nach sich. Bei seinem offiziellen Amtsantritt am 20.5.2000 signalisierte Chen Shuibian gegenüber der Volksrepublik China Verhandlungsbereitschaft über eine "Ein-China-Politik" auf der Basis der Gleichberechtigung Taiwans.